

DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Januar
2015

EDITORIAL



von Annetrin Klepsch

Du musst dich entscheiden

„Umwerfend anders!“ sollte das Motto des Dresdner Stadtmarketings für das neue Jahr lauten. Dieser Zustand ist dank regelmäßiger Spaziergänge am Montagabend unerwartet und anders als erhofft eingetreten. Die Stadt Dresden steht bundes- und europaweit im Fokus der Medien und kein politisches Thema hat es in den letzten Jahren geschafft, so heftig in Familie, Freundeskreis und auf Arbeit diskutiert zu werden. Engagierte, die die Dresdner Selbstzufriedenheit ohnehin als Mief empfinden, organisieren Konzerte, Kundgebungen und Neujahrspolizeien, um dem selbsternannten Deutschlandfahnen schwenkenden Volk etwas entgegenzusetzen. Wie vom Dresden-Marketing 2010 prophezeit, ist Dresden gerade eine Stadt der „Bewegung und Begegnung“, jedoch anders als erhofft. Offensichtlich ist die gegenwärtige Montagsbewegung ein Sammelbecken für politischen Frust, der sich weder durch Aussitzen, noch durch Konzerte oder gut gemeinte Gegenproteste auflösen wird. Als Partei haben wir eine besondere Verantwortung. Wir müssen deutlich machen, dass die Verursacher sozialer Ungerechtigkeiten nicht Flüchtlinge und Zuwanderer sind, sondern Parteien in Regierungsverantwortung, die lange Zeit auf dem rechten Auge blind waren und die soziale Spaltung vorantrieben.

Entscheiden müssen sich die Dresdnerinnen und Dresdner in den nächsten Monaten nicht nur, ob sie mit dem Makel der Fremdenfeindlichkeit dauerhaft behaftet bleiben wollen, sondern wer die Geschicke der Stadt in den nächsten sieben Jahren lenkt. Wir schlagen unserer Partei eine Persönlichkeit als OB-Kandidatin vor, die in der Lage ist, die gesplante Stadt zu einen und glaubhaft Solidarität und Internationalität nach innen wie nach außen zu repräsentieren.

annettrin.klepsch@dielinke-dresden.de
www.annettrin-klepsch.de

Veränderung ist möglich. Und nötig!

von Tilo Kießling

Veränderungen sind nötig. Das ist für die LINKE ja nun keine Neuigkeit. Missstände in der Gesellschaft, die bewußt herbeigeführt oder absichtsvoll geduldet werden von einigen wenigen mit Geld und Macht, bekämpfen wir. Schon immer. Nicht immer erfolgreich. Aber beharrlich. So ist sie, die aufwändige, mühevolle, langwierige Arbeit am Körper der Gesellschaft. Politik heißt das. Von Politikerinnen und Politikern betrieben, die die Interessen von Gruppen der Gesellschaft umsetzen.

Um Missstände zu bekämpfen braucht es die Kraft derjenigen, die dadurch betroffen sind. Sie müssen sich wehren. Aufschreien. Druck machen. Sie müssen sich organisieren. Sie können erfolgreich sein, wenn sie die Ursachen des Missstandes erkennen. Die Profiteure nennen können. Sich Verbündete suchen. Und am Ende eine Veränderung erreichen.

Die Griechinnen und Griechen haben uns gezeigt wie das gehen kann. Nicht schnell, nein. Aber konsequent und beharrlich hat sich die Bewegung gegen den aufdiktierten Sparkurs geformt. Je stärker die schrecklichen Folgen der Austeritätspolitik im Alltagsleben der Menschen ankamen, je mehr Menschen arbeitslos wurden, Gehaltskürzungen hinnehmen mussten, Sozialleistungen gestrichen bekamen umso mehr haben sie erkannt, wo die Profiteure dieser Entwicklung steckten. In der eigenen Oberschicht und in den Banken, die ihre Funktion zu Gunsten eines Maximalprofits für ihre Eigentümer vernachlässigten. Natürlich ist auch in Griechenland die politische Rechte stärker geworden. Aber in keinem Verhältnis zur Linken, die sich in mehreren Stufen am Ende in der Partei Syriza formte und nunmehr das Land im Interesse der bisher so arg Benachteiligten regieren kann.

In Dresden marschieren PEGIDA-Mitläufer. Wer zuhört, was dort gesagt wird, erkennt ein in Spaziergänge umgemünztes Missbehagen. Man erkennt, dass die Menschen dort Veränderungen wollen. So weit ist das für uns LINKE nicht erstaunlich. Sie schreien also auf. Machen Druck. Organisieren sich sogar. Nur was sie als Ursache der Missstände ausmachen, ist so absurd. „Die Politiker“ und die, irgendwie, Fremden. Nicht ganz eindeutig, denn es ist mal der Islam

Gegen Ungerechtigkeiten zu kämpfen – das ist unser Auftrag. Solange die da oben reicher werden und die da unten ärmer, solange das Leben unerträglich wird durch die Sorgen unten und die Sorglosigkeit oben, werden wir weitermachen. Am besten mit Dir an unserer Seite!

Die Grenzen verlaufen zwischen oben und unten!

DIE LINKE.

und mal der Wirtschaftsflüchtling, aber immer halt ein irgendwie Fremder. Und absurd sind ihre Anführerinnen und Anführer, bisher FDP wählende, also Menschen, die die Missstände durchaus mit verursacht haben. Und die Presse lügt selbstverständlich, wenn sie die Absurditäten benennt.

Mich wundert nicht, dass sich nun diejenigen als Verbündete anbieten, die an den Missständen mitgewirkt haben, die Interessenvertreter der Profiteure. Wenn FDP-Hilbert und CDU-Ulbig sich in freundlichen Tönen über PEGIDA äußern, tun sie genau das, was ihr politischer Auftrag ist.

Ich bin mir sicher, dass man einige der PEGIDA freundlich Gesinnten damit täuschen kann. Aber es wird nicht gelingen, sie alle über einen langen Zeitraum zu täuschen.

Wir bleiben weiter beharrlich und gehen unseren Weg der Veränderung. Als LINKE im Großen und als Dresdner Stadtverband im Kleinen. Die ersten Schritte unserer Kooperation sind gemacht, die ersten Auswirkungen werden spürbar. Und mit der Nominierung

einer von allen progressiven Kräften getragenen Kandidatin für die Oberbürgermeisterwahl bieten wir den Menschen, die unter den Missständen der Gesellschaft leiden, die aufschreien, die Druck machen und die die Ursachen der Missstände erkannt haben und die Profiteure nennen können eine Möglichkeit an, sich zu organisieren und Verbündete zu finden.

Mit Dr. Eva-Maria Stange als Oberbürgermeisterin und einer gut funktionierenden Ratskooperative werden wir diese Stadt verändern. Veränderungen im Interesse derjenigen, die bisher zu kurz kamen, Veränderungen gegen die Interessen derjenigen, die bisher von den Missständen profitierten. Keiner von uns sagt, dass das leicht ist. Aber es ist möglich. Und nötig!



Annetrin Klepsch
und Tilo Kießling sind
Vorsitzende von
DIE LINKE. Dresden

Begründung zum Vorschlag an den Stadtparteitag, Frau Dr. Eva-Maria Stange als Kandidatin zur Dresdner Oberbürgermeisterwahl 2015 zu nominieren

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mit dem erklärten Willen des Stadtparteitages vom 08. November 2014 in der Tasche haben wir uns auf den Weg gemacht, gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Kräften die Oberbürgermeisterwahlen personell vorzubereiten.

Es würde zu weit führen, hier die Details dieser Vorbereitung darzustellen, auf jede einzelne Gesprächsrunde einzugehen oder gar aufzulisten wer als Kandidatin oder Kandidat in Frage kam und warum der- oder diejenige dann doch nicht wollte oder gewollt wurde.

Wir stehen nun am Ende dieser personellen Vorbereitungen und wollen Euch bitten, mit der Nominierung von Frau Dr. Eva-Maria Stange den Schlußpunkt zu setzen.

Aus unserer Sicht steht die politische, fachliche und persönliche Eignung von Frau Dr. Stange nicht in Frage. Sie hat es nach der politischen Wende geschafft, aus der Position einer Lehrerin an einem Gymnasium heraus zur Landes- und Bundesvorsitzenden der Bildungsgewerkschaft GEW gewählt zu werden. Sie ist nach einer vollen Amtsperiode als Staatsministerin und einer Wahlperiode als Landtagsabgeordnete der SPD in der Opposition von ihrer Partei wieder als Ministerin ausgewählt worden. Sie ist als Dresdnerin hier in der Stadt verwurzelt, sowohl persönlich als auch



Dr. Eva-Maria Stange

mit ihrem Landtagswahlkreis politisch. Und nicht zuletzt ist sie als Vorsitzende der Volkssolidarität Dresden e. V. im Detail vertraut mit den Lebensumständen der Dresdnerinnen und Dresdner.

Deshalb ist die Entscheidung auf dem Stadtparteitag aus unserer Sicht keine Entscheidung über die Eignung von Frau Dr. Eva-Maria Stange als Oberbürgermeisterin, sondern eine Entscheidung über unser Vorhaben, mit ihr als Kandidatin und an der Seite der Wählerinitiative „Gemeinsam für Dresden“, an der Seite von Bündnis 90/Die Grünen, an der Seite der SPD und der Piraten in diesen Wahlkampf zu ziehen.

Geboren wurde Eva-Maria Stange als dritte Tochter einer Arbeiterfamilie in Mainz. Der Vater war ungelernter Arbeiter und die Mutter Hausfrau. Die Familie zog 1958 in die DDR.

Die promovierte Lehrerin wurde Mitte der 1990er Jahre Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Sachsen und war bis 2005 Bundesvorsitzende der GEW. 2006 wurde sie zur Sächsischen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst ernannt (bis 2009) und ist seit November 2014 erneut in diesem Ressort Ministerin.

Unsere Partei ist die zweitstärkste politische Kraft in Dresden, und wir wollen und werden diese Position selbstverständlich verteidigen und ausbauen. Aus diesem Grund ist es keine Selbstverständlichkeit, eine Kandidatin zu nominieren, die einer anderen Partei angehört. Dennoch schlagen wir mit Frau Dr. Stange jemanden vor, der zum Führungspersonal der SPD gehört. Das tun wir in Verantwortung für unsere Stadt: Es wäre unvorstellbar, wenn die mit der Kommunalwahl 2014 eingeleitete politische Veränderung, die wir mit einer Kooperationsvereinbarung untersetzt seit dem vorantreiben, durch einen CDU- oder FDP-Oberbürgermeister wieder gestoppt würde.

Dr. Eva-Maria Stange hat sich hinter die Kooperationsvereinbarung der Stadtratsmehrheit gestellt. Mit ihr als Oberbürgermeisterin ist gewährleistet, dass die politischen Richtlinien des Stadtrates nicht mehr von der Spitze der Stadtverwaltung in Frage gestellt werden. Sie hat auch zugesagt, bei der anstehenden Besetzung der Beigeordneten die uns zustehenden Vorschlagsrechte zu achten. Das dürfen wir nicht gering schätzen. Es wäre das erste Mal in unserer Stadt, dass sich die von den Wählerinnen und Wählern bestimmte Zusammensetzung des Stadtrates in der Riege der Beigeordneten widerspiegelt. Damit verknüpfen wir die Hoffnung, dass sich das Verhältnis zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat qualitativ verbessert.

LINKE, Grüne, SPD, Piraten, die Wählerinitiative „Gemeinsam für Dresden“ und hoffentlich noch viele weitere gesellschaftliche Kräfte stellen sich hinter die Kandidatur von Dr. Eva-Maria Stange. Damit schaffen wir eine Situation, in der sich die Dresdner Wählerinnen und Wähler eindeutig entscheiden können. Auf der einen Seite stehen Kandidaten, die für die bisherige Politik stehen und diese auch mit dem Buhlen um Stimmen von ganz rechts fortsetzen wollen. Auf der anderen Seite steht unsere Kandidatin, die gemeinsam mit uns die gesellschaftlichen Missstände anpacken und Dresden zum besseren verändern wird. Tilo Kießling und Annekatriin Klepsch, Stadtvorsitzende DIE LINKE Dresden

GEMEINSAM FÜR DRESDEN

Wir leben gerne in unserer Stadt, aber Dresden braucht einen Aufbruch. Dresden lebt von seiner großen Tradition. Gerade das verpflichtet uns zu einer aktiven Gestaltung der Zukunft. Für all das steht Eva-Maria Stange!

Dresden ist vielfältig, aber auch gespalten. Das verpflichtet uns zu einer neuen politischen Kultur des Gesprächs und der bürgerschaftlichen Teilhabe. Dresden ist wirtschaftlich erfolgreich, ohne dass alle in gleicher Weise davon profitieren. Das verpflichtet uns zu einer Politik der Überwindung der sozialen Spaltung. Dresden ist eine Stadt, die zu allen Zeiten durch kulturelle Leistungen geprägt war. Das verpflichtet uns, dieses Erbe zu schützen und zugleich die Kultur der Gegenwart besonders zu fördern. Dresden ist eingebettet in eine bewahrenswerte Landschaft. Das verpflichtet uns zum Erhalt des Naturerbes und zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Unsere Stadt braucht jetzt Neugierde, Weltoffenheit und ein neues Miteinander. Dresden braucht eine Oberbürgermeisterin, die diese Visionen teilt und den Mut zum Aufbruch besitzt.

Sie verbindet Glaubwürdigkeit mit Sachkompetenz, Dialogfähigkeit mit Führungsstärke. Sie kennt Dresden. Als Landtagsabgeordnete aus dem Wahlkreis „Dresdner Westen“ weiß sie um die Bedürfnisse und Sorgen der Menschen. Ehrenamtlich engagiert sie sich unter anderem als Vorsitzende der „Volkssolidarität Dresden“. Als Lehrerin, ehemalige Gewerkschaftsvorsitzende und Ministerin kennt sie Politik aus verschiedenen Perspektiven und hat Erfahrung in der Führung von Verwaltungen. Sie ist in besonderer Weise vertraut mit Fragen der Bildung, Wissenschaft und Kunst, wichtigen Ressourcen für die Zukunft Dresdens. Wir schätzen Eva-Marie Stange als Persönlichkeit. Sie vermag Menschen zusammenzuführen, sensibel und engagiert für ihre Überzeugungen einzutreten und verbindet Klugheit mit Einfühlungsvermögen.

ERSTUNTERZEICHNER Wählergemeinschaft „GEMEINSAM FÜR DRESDEN“

Dirk Bachmann
Prof. Dr.-Ing. Udo Becker
Elly Brose-Eiermann
Reinhard Decker
Frank Eckhardt
Beret Evensen
Prof. Dr. Ralf Evers
Prof. Dr. Ulrich Fastenrath
Jochen Flade
Dr.-Ing. Klaus Gaber
Dr. Nora Goldenbogen
Eric Hattke
Magnus Hecht

Dr. Dietrich Herrmann
Cordelia Howald
Wolfgang Howald
Susanne Illmer
Annette Jahns
Prof. Dr. Martin Jehne
Prof. Dr. Bruno Klein
Robert Koall
Dr.-Ing. habil. Matthias Lerm
Christiane Löffler
Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Lühr
Matthias Neutzner
Stefan Ostertag

Prof. Dr. Jürgen Paul
Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg
Johanna Roggan
Thomas Rosenlöcher
Dr. Bernd Rump
Prof. Dr. med. Dieter Scheuch
Prof. Dr.-Ing. Matthias Ziegenhorn
Christian Neubert
Dr. Barbara Lubich
Nicole Schumann
Dr. Rüdiger Söhnen
Manuela und Lutz Stein
Anja Stephan

Dr. Justus H. Ulbricht
Prof. Dr. Ralf Weber
Albrecht Leonhardt
Prof. Dr.-Ing. Niels-Christian Fritsche
Dr.-Ing. Herrmann Krüger
Holger Kehler
Joachim Breuninger
Kathrin Bastet
Andrea Schubert
Jürgen Hauck
Dr.-Ing. Matthias Krüger

Jux und Dolleranz

Mit flotter Sohle und viel Liebe randaliert des Bildungsbürgertum im eigenen Denkkasten

von Uwe Schaarschmidt

„Tief gespalten“ sei die Dresdner Stadtgesellschaft, so das erschütternde Urteil der Mehrzahl jener flugs aus den Redaktionsstuben der Qualitätspresse in die sächsische Landeshauptstadt abkommandierten Qualitätsjournalisten. Statt eines Wattestäbchens hatten sie für ihren moralischen Gentest montagelang Mikrofone vor den Volksmund gehalten und sind zu jenem erstaunlichen Ergebnis gekommen, das jeder aufmerksame Dresdner ihnen hätte auch verraten können: Es gibt Unterschiede zwischen Löbtau und Loschwitz, sowie zwischen Prohlis und der Dresdner Neustadt. Donnerwetter - wer hätte das gedacht! Die Erklärungsversuche für die Dauerpräsenz der abendländischen Kolonnen sind dabei so hilflos, wie die Reaktionen der Politik und man muss eine Menge Toleranz für die Vielfalt an gedrucktem und gesagtem Blödsinn aufbringen, um nicht ausfällig zu werden.

So kann man sowohl in den Zeitungen, aber auch in den sozialen Netzwerken, Blogs und Foren immer wieder Verweise auf die sächsischen Zustände im Allgemeinen und auf die Dresdner Mentalität im Besonderen „genießen“. Absurde Ausflüge in die sächsische Militärgeschichte, den Protz der barocken Fürsten, der 13. Februar 1945, sowie die fehlende Bestrahlung durch das Westfernsehen geben sich dabei die Tasse in die Hand. Im Jahre 2015!

Fast - aber nur fast - belustigend ist deshalb die hyperventilierte Empörung des Dresdner, aber auch des auswärtigen Bildungsbürgertums, ob der Unwissenheit und der Ressentiments, die sich hier tausendfach manifestieren. Woher diese kommen, will man allerdings nicht so



Screenshot des virtuellen 360 Grad-Panoramas im Internet: Dresden ist bunt per Mausclick unter www.360-grad-sachsen.de/panos/offen_und_bunt/offen_und_bunt_dresden_fuer_alle.html

genau wissen, vielmehr ist eine große Angst zu spüren, dass man sich bald der eigenen Postadresse schämen müsste und auch Kunst und Wissenschaft fürchten, dass selbst das Idyll der Elbhänge nicht mehr genügen könnte, um internationale Kapazitäten nach Dresden zu holen, so lange hier jeden Montag der Plumpsack umgeht. So ist auch der erhebliche Aufwand zu begreifen, mit dem man am 26. Januar ein immenses Aufgebot an weichgespülten Musikant_innen nach Dresden lockte, um wenigstens einmal zahlenmäßig mithalten zu können und unter dem flachen Motto „Offen und Bunt!“ ein beruhigendes Bild in die Welt hinaus zu senden. Popstars gegen Populisten. Die beschämende Wahrheit hingegen ist, dass am Tag zuvor gerade einmal 5000 Gegner 17.000 Pegida-Demonstranten gegenüberstanden, die innerhalb von zwei Tagen ohne viel Federlesen von Montag auf Sonntag umdirigiert wurden. „22.000 feiern ein Fest der Toleranz!“ jubelte „Bild“ am Tag darauf auf Seite 1, um gleich daneben mit „Das sollen die Griechen alles kriegen!“ die nächste Hetzkampagne loszutreten.

Bonmot am Rande: Eingeladen war auch das Bündnis Dresden Nazifrei, das sich seit Jahren gegen rechte Umtriebe in der Landeshauptstadt engagiert. Sogar einen Redner dürfe man stellen, ließ man die Antifaschisten wissen - aber bitte nicht Herrn Silvio Lang, den gewählten Sprecher des Bündnisses: wegen seiner Mitgliedschaft in der LINKEN. Ein wahres Fest der Toleranz! Dass man sich die Feierei nicht mit Gedanken um die politischen Ursachen für Pegida verderben wollte, lag spätestens hier auf der Hand. Stattdessen wurde das schöne Wort „Liebe“ an die Frauenkirche gelasert.

Was soll man dazu noch sagen? Vielleicht sollte man doch einmal ausfällig werden? Vielleicht ist es wirklich angebracht, Pegida und diese Art von Gegenkultur zusammenzufassen und „Knorkator“, eine Rockband aus Berlin, zu zitieren, die an diesem Abend nicht auf der Bühne stand: „Hier standen wir und rochen es - wir standen in Erbrochenes!“

Täterspuren 2015 aktuell wie nie

von Dieter Gaitzsch



Foto: Katja Lindner

Der Mahngang soll erneut Verbrechen der deutschen Faschisten deutlich machen. Unsere Spurensuche am 13. Februar 2015 zeigt, in der Fortsetzung der Mahngänge 2011 bis 2014, weitere Täter und Tatorte in Dresden.

Im Jahr 2015 fühlen wir uns dazu besonders verpflichtet. Nachdem deutsche Faschisten mit ihren rassistischen und nationalistischen Haltungen an der Macht waren, haben Millionen diesen Verbrechern zugejubelt. In diesem Jahr sehen wir besonders in Dresden wieder Menschen, die Rassismus und Nationalismus in die Öffentlichkeit tragen und Tausende folgen diesen.

Wer sich uns anschließt, kann noch einmal nachvollziehen, zu welchen Verbrechen an der Menschheit Rassismus und Nationalismus schon einmal geführt haben. Unser Mahngang reiht sich deshalb in diesem Jahr in die vielfältigen Aktionen gegen Rassismus und Nationalismus ein.

Kommt alle 13:00 Uhr zur Herbert-Schön-Straße und folgt gemeinsam mit uns den Täterspuren bis zur Frauenkirche, an der wir gegen 16:00 Uhr mit der Erinnerung an den faschistischen Landesbischof Friedrich Coch den Mahngang beenden werden.

13. Februar

von Dr. Margot Gaitzsch

Der 13. Februar 2015 ist nicht mehr weit. Für uns als LINKE ist er vor allem Mahnung, alles zu tun, um für Frieden in der Welt, für Frieden in unserer Stadt einzutreten. 2010 und 2011 konnte durch Aktionen des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ und mit Unterstützung von Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Deutschland und Europa der größte europäische Naziaufmarsch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gestoppt werden. Wir wollen, dass er auch Geschichte bleibt. Deshalb bleibt das Bündnis weiterhin wachsam. Im vergangenen Jahr konnten Nazis uns mit ihrem Aufmarsch am 12. Februar überraschen. Ähnliches soll in diesem Jahr nicht mehr passieren.

Bisher wissen wir, dass für den 14. Februar diesen Jahres eine „Volkstreue Bürgerrechtsbewegung für Meinungsfreiheit und nationale Selbstbestimmung“ einen Gedenkmarsch zur Erinnerung an die Zerstörung Dresdens im Februar 1945 angemeldet hat. National und völkisch sind zwei Begriffe, die mit internationaler Solidarität und Verantwortungsbewusstsein nichts gemeinsam haben.

70. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald

DIE LINKE. Dresden und der VN-BdA laden alle Antifaschistinnen und Antifaschisten ein, mit nach Buchenwald zu kommen. Dort wird es eine der letzten Möglichkeiten geben, mit ehemaligen Häftlingen ins Gespräch zu kommen, durch seine Teilnahme Gesicht gegen Faschismus und Rassismus zu zeigen und zu demonstrieren, dass eine Politik der Verharmlosung von rechts nicht geduldet wird.

Seid dabei, wenn neun von 1.000 Buchen der Erinnerung neu gepflanzt werden!

Anmeldung bis 13. März
0351-8583 801

rica.gottwald@dielinke-dresden.de

17 Euro Unkostenbeitrag

10 Euro ermäßigt

... mit dem Bus:

Samstag, 11. April 2015, 6:30 Uhr
Pirnaischer Platz (vor Lidl)



Samstag, 11. April 2015:

Grund zum Hinfahren!

„Kameraden, wir sind frei! – mit dem Schwur von Buchenwald in die Zukunft“



DIE LINKE.



Verfolgt deshalb aufmerksam die Webseite des Bündnisses „Nazifrei – Dresden stellt sich quer!“ und plant Aktionen am 12., 13. oder auch am 14. Februar ein. Gemeinsam werden wir einem Naziaufmarsch – in welchem Gewand er auch daher kommt – entgegentreten.

Flüchtlingen helfen in Gorbitz

von Cornelia Eichner

Auch in Gorbitz gab es Anfang des Jahres ein Vernetzungstreffen zum Thema Asyl. Überraschend viele Menschen waren im Club Passage erschienen, der Raum war voll - zirka 50 Menschen, die helfen wollen, vor allem jene, die eh schon in Gorbitz als Akteur*innen gelten, aber auch "ganz normale Bürger*innen", die es nicht mehr mit ansehen können, dass Menschen in Sandalen durch die winterkalte Landschaft laufen, weil sie nichts anderes haben. Die Stimmung ist von einer berührenden Warmherzigkeit geprägt, auch von Betroffenheit und einer gewissen Portion Ratlosigkeit. Was können wir tun? Ist die große Frage des Abends. Was mitschwingt, aber nur leise tuschelnd angesprochen wird: Was können wir tun, nachdem schon so einiges stadtplanerisch schief gelaufen ist? Wie kann man Flüchtlinge in dieser Zahl in ein Stadtteil einquartieren, das eh schon ganz andere Sorgen hat? Wie kann man noch dazu diese Flüchtlinge in einem Straßenzug konzentrieren, der eh schon stadtbekannt ist? Ja, sicher, kommt dann die Antwort, in nicht mehr ganz so leisem Flüsterton: Es gibt ja kaum noch be-



Foto: Wilhemine Wulff / pixelio.de

zahlbaren Wohnraum - woher nehmen, wenn nicht stehlen? Hier waren noch Wohnungen frei, nicht gerade preiswert, aber bezahlbarer als anderswo, hier hatte die Stadt sogar noch einige Belegrechte. Und weiter? Also wird auf das Nahe-liegende fokussiert: Die Leute aus zirka 14 verschiedenen Nationen sind jung, voller Energie, brauchen etwas zu tun, haben aber Langeweile, da sie nicht arbeiten dürfen. Wenigstens Sport machen wollen sie, Möglichkeiten dafür müssen organisiert werden (Durch unsere LINKE-Anfrage im EB Sportstätten wurde dies auf den Weg gebracht). Für neue

Flüchtlinge gibt es noch keine Deutsch-Kurse. Aber die brauchen sie, wenn sie sich bei uns zurecht finden wollen. Und sie sind ausgesprochen lernwillig, nutzen alle Möglichkeiten, die sich ihnen bieten, um die neue Sprache zu lernen, um sich im fremden Land einzuordnen. Joachim Lux vom SUFW, welches einen Teil der Flüchtlingsbetreuung übernommen hat, weiß: "Unsere guten alten Fibeln sind zum Teil für diese Menschen eine gute Basis, da sie sich selbst erklären. Die Flüchtlinge sprechen oftmals kein Englisch und auch keine andere Sprache, die hier üblich

ist. Eine Kommunikation erschwert sich dadurch." Also haben wir als LINKE Privatkontakte genutzt und im Schulverwaltungsamt angefragt: Vielleicht gibt es irgendwo gebrauchte Fibeln und ähnliches, die nutzbar wären? Tatsache, dies ist möglich, Bücher können organisiert werden. Nun werden noch Menschen gebraucht, die beim Spracherwerb unterstützen und welche, die sportliche Betätigungen, Fußball zum Beispiel oder auch Handball, unterstützen. Überhaupt: Menschen, die ehrenamtlich Patenschaften übernehmen, dabei helfen, sich in unserer Welt zurechtzufinden, werden gesucht. Als Koordinierungsstelle tritt das zentral gelegene Quartiersmanagement auf. Dort kann auch noch warme Kleidung abgegeben werden.

"Eines ist aber besonders wichtig", sagt Lux im Gespräch um Hilfsmöglichkeiten, "Lächeln", sagt er, "Lächeln fehlt ihnen am meisten in dieser fremden Welt". Ein Lächeln kann sicher nicht den Bauch füllen und den Menschen Sicherheit geben. Aber es ist ein Anfang. Und gibt Hoffnung.

Linke Politik am bürgerlichen Elbhang?

von Dr. Wilfried Trompelt



Anfang Januar hatte Kristin Hofmann, die Vorsitzende des Linken-Ortsverbandes Neustadt, die MitgliederInnen und auch SympathisantInnen aus den Ortsamtsbereichen Loschwitz und Schönfeld-Weißen zu einem Aktivierungstreffen eingeladen. Denn nach den letzten Kommunalwahlen - mit Annekatrin Klepsch als Spitzenkandidatin dieses Wahlkreises - hat sich das Kräfteverhältnis im Ortsbeirat Loschwitz geändert. Nun haben wir zusammen mit SPD und Grünen auch dort eine (knapp) Mehrheit. Umso wichtiger sollte es nun sein, die linken Strukturen am Elbhang zu stärken. Die Erfahrungen aus der Neustadt sind dafür ein Vorbild.

Hans-Jürgen Burkhardt, langjähriges OBR-Mitglied in Loschwitz, berichtete ausführlich über die aktuellen Streitfragen vom Weißen Hirsch bis Pillnitz. Schulnetz- und Verkehrsplanung sind Dauerthemen. Da ist die Mitwirkung der ortsansässigen MitgliederInnen bei der Meinungsbildung und Themenfindung ein Weg, um das Gesicht der Linken in der Öffentlichkeit zu zeigen und so die oben gestellte Frage zu bejahen.

Flächenmäßig dehnt sich der Linken-Ortsverbandes Neustadt entlang der B6 über ca. 15 Kilometer von der Leipziger Vorstadt bis nach Rossendorf und südlich bis Söbrien aus. Deshalb ist es nicht einfach, die Kräfte effektiv zu organisieren. Das Treffen war dafür nach Meinung der Anwesenden ein guter Anfang. Am 9. April wollen wir die Diskussion fortsetzen. Dann wird es um den konkreten Beitrag der MitgliederInnen und Mitglieder im Wahlkampf zur OBM-Wahl gehen.

Vielen Dank an Annekatrin Klepsch für die Unterstützung des Neustarts. Auch den freundlichen Gastgebern vom Kunst- und Kulturverein Alte Feuerwache und Loschwitz sagen wir danke. Sie freuen sich übrigens immer über Besucher der „Trille“ und laden zu ihren kulturellen Veranstaltungen ein. Wie wir erfahren, sind sie schon mitten in den Vorbereitungen für die Feiern zu „700 Jahre Loschwitz“ im Herbst dieses Jahres.

Vernetzung in der Gleichstellungspolitik



von Pia Barkow

Mitte Januar hat zum zweiten Mal ein Vernetzungsgespräch Gleichstellungspolitik stattgefunden - eine Runde bestehend aus Stadträtinnen der LINKEN und der Grünen bzw. Parteimitgliedern von LINKEN, Grünen und SPD jeweils mit dem Schwerpunkt gleichstellungspolitischer Arbeit sowie zahlreiche Vereine und Initiativen aus dem Bereich.

Gerade in der Gleichstellungspolitik bestehen zwischen den Parteien der Stadtratskooperation - LINKE, Grüne, SPD - in weiten Teilen große Übereinstimmung. Daher liegt es nah, sich zusammen zu setzen und gemeinsam zu beraten, welche Ziele erreichbar sind und welche Handwerkszeuge wir dazu als frisch gebackene Stadträtinnen zur Verfügung haben.

Mit dieser Vernetzung soll zudem eine Brücke geschlagen werden, zwischen den drei Kooperationsparteien einerseits, dem politischen Gremium Stadtrat zu den außerparlamentarischen Vereinen und Initiativen der Stadt andererseits. Der Einladung folgte ein sehr bunt gemischtes Publikum, mit dabei waren hauptamtlich Tätige aus seit Jahren in der Stadt etablierten Vereinen, wie z.B. der sowieso e.V., das Frauenförderwerk oder das Frauenbildungshaus, aber auch ehrenamtlich Aktive aus neueren Initiativen z.B. die e*vibes - emanzipatorische Praxis.

Den ersten Aufschlag für diese Vernetzung gab es bereits mit einem Kennenlernetreffen Ende letzten Jahres. Und auch dieses Mal war das Treffen wieder sehr produktiv. Themen des Abends waren unter anderem die jeweils geplanten Aktionen zum diesjährigen Internationalen Frauentag, die Verabredung der Gleichstellungsrichtlinien der Stadt Dresden zu prüfen und zu überarbeiten sowie ein Austausch über aktuelle Vorhaben und Probleme in der Vereinsarbeit.

Durch diesen Austausch gelingt es sehr gut, Anregungen, Probleme und Ideen von den Aktiven der Vereine aufzugreifen und hier und da auch gleich mit Instrumenten der Stadtratstätigkeit auf die Anliegen einzugehen. Und umgekehrt ist es für die Stadtratstätigkeit sehr hilfreich zu wissen, was derzeit die Hauptthemen der Vereine sind, wo es Schwierigkeiten gibt oder Unterstützung gebraucht wird. So konnten wir auch diesmal wieder viele Anregungen für gleichstellungspolitische Initiativen für die politische Arbeit mitnehmen. Und auch die MitarbeiterInnen der Vereine nehmen sehr dankbar unsere Angebote an und freuen sich sehr darüber, „von der Politik“ einbezogen zu werden.

Und nicht zu Letzt, sind wir uns alle einig, dass wir auch weiterhin regelmäßige Vernetzungstreffen dieser Art abhalten wollen.



„Die CDU hat Pegida den Boden bereitet“

Es wurde zu lange Politik für Reiche gemacht, meint Linke-Fraktionschef André Schollbach. Das solle sich in Dresden ändern.

Herr Schollbach, Montag für Montag demonstriert Pegida hier. Wie sollte die Politik damit umgehen?

Ich denke, rassistischen Auswüchsen und dem Schüren billiger Vorurteile muss entschlossen entgegengetreten werden. Leider ist es so, dass vor allem die CDU herumblaviert. Einerseits waren von der Oberbürgermeisterin erfreulich klare Worte zu vernehmen. Andererseits biedern sich Teile der Partei bis in die Regierung hinein opportunistisch bei Pegida an.

Die Politik macht insgesamt keinen guten Eindruck. Wen meinen Sie konkret?

Beispielsweise CDU-Innenminister Ulbig, der versucht, sich auf Kosten von Asylbewerbern an Pegida heranzuwanzeln. Obwohl bewiesen ist, dass Asylbewerber nicht krimineller sind als Deutsche, hat er angekündigt, eine Polizeisondereinheit zu bilden. Ein derartiges Verhalten ist rückgratlos und feige. So werden aus der Regierung heraus Vorurteile geschürt. Damit wird der Pegida-Bewegung der Boden bereitet.

Inwiefern?

Dass das Zentrum der Pegida-Bewegung in Dresden liegt, ist kein Zufall, sondern die Konsequenz einer länger währenden Entwicklung. Die jahrelange CDU-Hegemonie und der damit verbundene konservative Mief haben das Entstehen von Pegida begünstigt. Diese Partei hat den antifaschistischen Protest gegen die Naziaufmärsche rund um den 13. Februar über viele Jahre hinweg kriminalisiert und diskreditiert. Rechten Auswüchsen wurde Raum gelassen. Im Februar 2014 durften sich Nazis sogar mit Fackeln vor der Trümmerfrau in Szene setzen. Faschistische und reaktionäre Kräfte müssen so etwas geradezu als Einladung empfinden. Nun ist zu beobachten, wie hartgesottene Nazis und Hooligans bei den Pegida-Demos mitmarschieren.

Sie meinen also, die CDU trägt die Schuld an den Pegida-Demos?

Sie hat mit ihrer Politik zum Auseinanderdriften unserer Gesellschaft beigetragen. Seit Jahren wird eine systematische



Foto: Henry Keßler / pixelio.de

Umverteilung des Vermögens von unten nach oben betrieben. Steuererleichterungen für Reiche sowie die „Hartz IV“-Gesetzgebung haben dazu geführt, dass die Mittelschicht schrumpft und eine Menge Leute am Existenzminimum leben müssen. Vielfach drohen trotz jahrelanger Berufstätigkeit Armutsrenten. Deshalb haben nicht wenige Menschen, die jetzt auf die Straße gehen, berechtigte Ängste. Sie ziehen jedoch eine falsche Schlussfolgerung. Denn die Ursachen für die Probleme liegen nicht bei den Asylbewerbern, sondern in einem verfehlten politischen Kurs der Regierenden.

Was kann helfen? Fehlt die klare Linie in der CDU?

Symbolpolitik gegen rechte Auswüchse genügt nicht. Statt wohlfeiler Sonntagsreden bedarf es kontinuierlicher Arbeit gegen gesellschaftliche Fehlentwicklungen und der Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements.

Und dann verschwindet Pegida?

Es reicht nicht, nur die Symptome zu bekämpfen. Man muss an die Ursachen von Unzufriedenheit und Ängsten heran. Dazu bedarf es einer deutlichen Kurskorrektur in der Frage der Verteilung des Reichtums in unserer Gesellschaft. Es muss deutlich mehr getan werden für Bildung, Kultur und die soziale Entwicklung. Auch bei der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Entscheidungsprozessen lässt sich einiges verbessern. In diesen Bereichen muss zielgerichtet angesetzt werden. Pegida beruht nicht auf guten oder schlechten Konzepten, sondern auf länger aufgestautem Unmut, Sorgen und Ängsten.

Was wird die Linke konkret für die Umverteilung in Dresden ändern?

Wir streiten für eine sozial gerechte Gesellschaft und bemühen uns um eine Politik im Interesse der Mehrheit der Menschen. Dazu im Gegensatz haben CDU und FDP jahrelang eine Politik für die Reichen gemacht. Ein Beispiel: Mit Steuermitteln wurde der Abriss von über zehntausend Wohnungen in Dres-

den staatlich subventioniert. Dies ging klar zulasten der Mieter und war im Interesse der Immobilienhaie und Spekulanten. Nun gibt es mit der neuen Mehrheit im Stadtrat einen Kurswechsel.

Was wird sich konkret für die Dresdner ändern und wann?

Beispielsweise wird noch in diesem Jahr ein richtiges Sozialticket für Bus und Bahn eingeführt. Es ist kein Zustand, dass Menschen aus finanzieller Not heraus erst schwarzfahren und anschließend dafür vor Gericht gezerrt werden. Auch im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit wird es spürbare Verbesserungen geben. Dort haben wir erreichen können, dass deutlich mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. So sollen die Weichen von vornherein anders gestellt werden, um nicht später soziale Fehlentwicklungen teuer reparieren zu müssen. Ebenfalls in diesem Jahr wird eine städtische Wohnungsbaugesellschaft gegründet, um den steigenden Mieten entgegenwirken zu können.

Wie wichtig ist es da, mehr Einfluss auf die Rathausführung zu haben?

Die Stadtratswahl war ein erster Schritt für eine bessere Politik. Der zweite wesentliche Schritt besteht nun darin, die CDU-Dominanz an der Rathausspitze zu beenden, damit wichtige Projekte im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich vorangetrieben werden können.

Rot-Grün-Rot will also Bürgermeister und den Oberbürgermeister stellen?

Für dieses Ziel werden wir in den kommenden Monaten gemeinsam kämpfen.

Wen wird das Bündnis dann bald als Kandidaten präsentieren?

Eine Persönlichkeit, die geeignet ist, die Landeshauptstadt Dresden in ihrer Vielfalt zu repräsentieren und voranzubringen.

Das Gespräch führte Andreas Weller.

Mit freundlicher Genehmigung der „Sächsischen Zeitung“ Quelle: Sächsische Zeitung am 21.01.2015, S. 15

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

Januar 2015

DRUCKSACHE #1

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



Eigentum verpflichtet!

Dresden braucht bezahlbaren Wohnraum, aber keine Luxusbebauung im Hochwassergebiet am Elbufer.

HafenCity und Marina Garden halten Stadtrat weiter in Atem

Seit Monaten ruhen die Hoffnungen vieler Dresdner Elbanlieger auf Rot-grün-rot. Ihre Sorge: HafenCity und Marina Garden sind Megaprojekte, die in Überschwemmungsgebiete gebaut werden sollen, damit nicht nur katastrophale Folgen für den Hochwasserschutz haben könnten, sondern auch gewachsene Strukturen Kulturschaffender verdrängen. Letztere erleben die Macht des Geldes einer Investorin, die nicht nur eine Heerschar von Anwälten gegen Nutzer und Stadt zu Felde ziehen lässt, sondern sogar damit droht, den Elbe-Radweg zu sperren. André Schollbach hält dagegen. "Das Grundgesetz sagt in

Paragraph 14, Eigentum verpflichte und solle zugleich dem Allgemeinwohl zu Gute kommen." Die Entscheidungen im Einzelnen: **Bebauungsplan 357 B - HafenCity** Rot-grün-rot setzt Vertagung durch. Wir warten die sogenannten Hochwasserlinien ab, um die Risiken für Natur und Mensch abschätzen zu können. Vorher wird nichts geplant. **Bebauungsplan 357 C - Marina Garden** Rot-grün-rot setzt sich mit einem eigenen Antrag durch. Ziel: Eine **Veränderungssperre für das Areal, verbesserter Hochwasserschutz, kleinere, stadtteilverträgliche Bebauung, Raum für Kulturschaffende.**



RATSSPLITTER

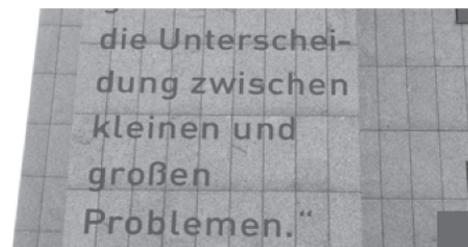
Frieden leben

Den Beginn der Stadtratssitzung markierte eine Aktuelle Stunde zum 13. Februar - beantragt durch die AfD. Für Stadträtin Margot Gaitzsch ist das Datum Verpflichtung, "sich der Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu stellen und uns für den Frieden einzusetzen. Dresden soll eine Stadt des Friedens sein - auch des sozialen Friedens."



Kita gesichert

Die Kita Hausdorfer Straße 4 wird in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt genommen. Die Refinanzierung der Baukosten erfolgt durch die Stadt - Laufzeit 15 Jahre. Unser Votum aus Verantwortung für die städtischen Finanzen: Der Restwert des Gebäudes soll durch den Betreiber ausgeglichen werden. **Das sichert den Betrieb der Kita und nimmt den Evangelischen Schulverein als Kita-Träger in die Pflicht.**



"Warum kriegt Dresden einen Koreaplatz?", fragt die MOPO. Einfache Antwort: Die südkoreanische Präsidentin hatte ihn sich gewünscht und die Oberbürgermeisterin möchte sich ein weltpolitisches Denkmal setzen - auf einem Parkplatz am Bahnhof Mitte - und zwar ohne Beratung in den Ausschüssen. Kritik daran gibt es auf einer nächsten Sitzung - um 22.25 Uhr verzichtete der Stadtrat auf die Befassung mit weltpolitischen Denkmälern.

Einbahnstraße

Unterirdisch.

Gegen unsere Stimmen: Neustädter Tunnel wird verfüllt.

Die Grünen-Stadträtin Margit Haase bezeichnete den Tunnel am Neustädter Markt als "Kind der Zeit". Für die Grünen offenbar ein ungeliebtes Kind. Sie beantragten eine Verfüllung des Tunnels. Eine beliebte und sichere Querung zuzuschütten - das ist für

Tilo Kießling "Ausdruck der Entfernung der Politik vom Bürger." **Von SPD und LINKEN deshalb ein klares Votum: für den Erhalt markanter Architektur - Tunnel aus Flutfördermitteln sanieren und oberirdische Querung verbessern.** Für Tilo Wirtz war damit "die Vernunft auf unserer Seite", diesmal leider auf der Seite der Minderheit.

Ein Gespräch mit Anja Apel und Ulrike Caspary zur Asyldebatte im Dresdner Norden

Aktiv werden und tolerant miteinander umgehen

Am 3.11.14 wurde zum ersten Mal über die Vorlage „V0085/14 - Maßnahmeplan zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für besondere Bedarfsgruppen in den Jahren 2015/2016“ im Ortsbeirat in Klotzsche gesprochen.

Bereits für den ersten Montag nach der Ortsbeiratssitzung wurde eine Demonstration gegen den Bau des Asylbewerberheimes in der Karl-Marx-Straße angemeldet. Nachdem Anja Apel, Stadträtin DIE LINKE, und Ulrike Caspary, Bündnis 90/Die Grünen, davon erfahren hatten, meldeten sie direkt eine eigene Demonstration an. Damit erhielten die Menschen des Dresdner Nordens, die dem Asylbewerberheim nicht ablehnend gegenüber standen die Möglichkeit, öffentlich ihre Haltung zu zeigen. Die Stadträtinnen organisierten in Dresden Klotzsche Aktionen für das Asylbewerberheim, einen Runden Tisch Asyl und ein Bürgergespräch, an dem etwa 400 BürgerInnen teilnahmen.

Welche Gefühle hattet ihr, Anja und Ulrike, bei den Begegnungen mit den Gegendemonstranten in Klotzsche?

Ulrike: Ich fand es erschreckend, welcher Graben sich auftut und wie groß die Unterschiede in den Meinungen waren. Es war sehr frustrierend, wie wenig die Gegner Argumenten zugänglich waren und Tatsachen einfach verdrehten.

Anja: Mich verblüfft immer wieder, mit welcher Ernsthaftigkeit Behauptungen gebracht werden, welche vollkommen unsinnig sind. Zum Beispiel als ich gefragt wurde ob ich vielleicht in zwei Jahren die Burka tragen will.

Glaubst du, Ulrike, dass sich die Situation in nächster Zeit verändern wird?

Ulrike: Ich glaube, dass es wichtig ist in den Ortsbereichen aktiv zu sein, um persönlicher in Kontakt zu kommen. Wirklich etwas ändern kann es sich erst durch das Kennenlernen von Asylbewerbern und Einwohnern. Besonders wichtig ist es, die Asylbewerber in das Leben im Ortsteil einzubeziehen, zum Beispiel in Sportvereinen.

Anja, du warst doch mit Schülerinnen und Schülern zur Demo in Klotzsche, wie war das für sie?

Anja: Mich hat die Haltung der Asylgegner zu den Jugendlichen sehr wütend

gemacht. Sie haben ihnen das Recht auf eine eigene Meinung zur Asylfrage abgesprochen mit der Begründung, dass sie keine Lebenserfahrung hätten und keine Steuern zahlen. Zu meinem Erstaunen sind die Schülerinnen und Schüler trotzdem sehr sachlich geblieben und haben noch zwei Stunden weiter diskutiert. Da hätte ich schon längst aufgegeben.

Ulrike: Wenn es für mich etwas Positives geben sollte, dann ist es jetzt in der derzeitigen Situation die Notwendigkeit in der Gesellschaft insgesamt toleranter miteinander umzugehen. Wir erleben, dass viele Menschen das nicht können. Ich finde es ganz wichtig, dass bereits in der Schule so etwas vermittelt wird.

Anja: Positiv ist auch, dass jetzt auch BürgerInnen aktiv werden, die vorher abseits standen. Wir werden gefragt, welche Formen der Unterstützung es geben kann. Es gibt konkrete Hilfsangebote von Sprachkursen bis zu Spielzeugspenden von jungen aber auch sehr alten Menschen.

Wir machen jedenfalls weiter und hoffen dass sich die Arbeit auf breitere Schultern verteilt. Schon jetzt haben wir viele Menschen kennengelernt, die hier in Klotzsche und Hellerau daran mitwirken wollen, dass die AsylbewerberInnen sich wohl fühlen. Das gibt uns Optimismus für unsere weitere Arbeit.



Stadträtinnen Cornelia Eichner, Anja Apel und Ulrike Caspary im Gespräch
Foto: Andreas Naumann

Empfehlungen für die Organisation

- Verbindungen herstellen zu Vereinen, Kirchgemeinden, Schulen, Kindergärten und dem Ortsbeirat,
- die Reservierung von Räumen in den Rathäusern durch die Stadträte organisieren oder in Kirchen und Schulen anfragen,
- für eine Bürgerversammlung Fachkräfte gewinnen: Sozialamt, Stadtplanungsamt, Polizei, VertreterInnen des Ausländerbeirates, Sächsischer Flüchtlingsrat,
- eventuell einen Moderater/Moderatorin suchen, zum Beispiel bei der Landeszentrale für politische Bildung nachfragen,
- Demonstrationen oder öffentliche Versammlungen anmelden: www.dresden.de, dann Anzeige einer Versammlung,
- einen E-Mail Verteiler anlegen für die schnellere Verbreitung von Informationen

Leipziger Vorstadt: Quartiersentwicklung muss vorbeugenden Hochwasserschutz berücksichtigen

Freiräume erhalten

von Jacqueline Muth

Investoren sprechen von einer angeblichen „neuen politische Willkür“ im Dresdner Rat. Sie fürchten um ihre Renditen und drohen voreilig mit Schadenersatz-Forderungen und Klagen, sollte die Politik nicht in ihrem Sinne agieren.

Warum wird der eine Bebauungsplan aufgestellt und der andere verschoben? Zuerst sollte es gar keinen Hochwasserschutz geben, nun aber unbedingt.

Wird nun innerhalb kurzer Zeit gebaut oder dauert der ganze Prozess noch viele Jahre? Warum wird in einem Überschwemmungsgebiet eigentlich gebaut - ist das nicht verboten? Wird Regine Töberich (Dresdenbau GmbH) den Radweg sperren lassen, wie sie es öffentlich ankündigte? Auch muss wohl ein erheblicher Teil

des Streits als rein populistisch und effekt-heischerisch bezeichnet werden: Die neuen Oppositionsparteien CDU und FDP werfen der rot-grün-rot-orangen Mehrheit Verhinderungs- und Klientelpolitik vor. Investoren fürchten durch die angebliche „neue politische Willkür“ im Dresdner Rat um ihre Renditen und drohen mit Schadenersatz-Forderungen und Klagen.

Die angebliche Scheu vor „moderner Architektur“ der Dresdner Bevölkerung mit ihren barocken Geschmäckern wird ebenfalls hin und wieder heraufbeschworen.

Nimmt man andererseits das Hochwasserschutzgesetz (2005) zur Hand, wundert man sich doch sehr. Unter dem Eindruck immer stärkerer Niederschlagsextreme und immer häufigerer Hochwässer tendiert die Bundesregie-

rung dahin, den Flüssen mehr Raum zu lassen. Flussufer sollen möglichst unbebaut bleiben, bestehende Bebauung gar teilweise abgetragen werden.

Leider hinken hier die Landesgesetze – nicht nur in Sachsen – ein wenig hinterher. Hier wird häufig auch weiter auf maximale Ausbeutung von Baugrundstücken gesetzt, auch am Fluss. Es scheint, als solle noch jeder Winkel betoniert werden, bevor womöglich die „Umweltschützer“ sich mit ihren träumerischen Ideen durchsetzen von einer gesunden und lebendigen Stadt im Einklang mit der Natur.

Da steht die Frage im Raum: Ist es tatsächlich noch modern, die Städte bis an den Fluss heran zu verdichten? Nicht nur die zunehmende Zahl von Überflutungen mahnt anderes. Auch die Lebensqualität der Städter profitiert vom grünen Band der Elbe, das sich durch Dresden schlängelt. Dieses zu bewahren – das ist nicht rückwärtsgewandt. Das ist modern.



Freiräume
statt Beton!
Hafencity stoppen!
DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat

Der Machtkampf um die Quartiersentwicklung Leipziger Vorstadt/ Neustädter Hafen wird im Stadtrat und auch öffentlich derart komplex diskutiert, dass er auf den ersten Blick nicht immer leicht zu durchschauen ist. Man kann es aber auch ganz bündig ausdrücken und mit einem Zitat von André Schollbach aus der Stadtratssitzung von 22.1.2015 möchte ich schließen: „Eine Bebauung mit Luxuswohnungen im Flutgebiet halten wir für grob dämlich.“

KOLUMNE

ganz
hinten
links



von Jens Matthis

„Bunt“ und „Weltoffen“ ist Dresden. Zweifel? Man muss es nur bei jeder Gelegenheit wiederholen und fest dran glauben – dann wird es schon.

Während sich mancher Fremde auf Dresdens Straßen mitunter etwas mulmig fühlt und mancher Dresdner in der Fremde unangenehme Fragen beantworten muss, setzt Dresden ein besonderes Zeichen für Weltoffenheit.

Dresden bekommt einen KOREA-Platz. Zugegeben, es ist eine Dreckecke hinterm Bahnhof Mitte, aber nach allen Seiten offen.

Nun haben die Dresdner ihre Straßen und Plätze nach allen möglichen benannt, nach Flurbezeichnungen und Gewerken, nach Blumen und Bäumen, nach verdienstvollen Personen und albernem Prinzessinnen, und schließlich nach Vororten und fernen Städten. Aber nach einem fernen Land wurde noch nie etwas benannt. Noch nicht mal nach der Sowjetunion.

Wie kommts?

Die konservative südkoreanische Staatspräsidentin Park Geun-hye beehrte im vergangenen Jahr Dresden. Die Tochter des früheren Putschisten und Militärdiktators Park Chung-hee, der Südkorea 18 Jahre lang mit eiserner Hand regierte, gestattet Dresden gnädig die Namensverleihung. Eilfertig wurde dies zugesagt.

Die Dresdner selbst waren von ihrer plötzlichen besonderen Beziehung zu Südkorea zwar etwas überrascht, aber Weltoffenheit ist nun mal Weltoffenheit. Und wer will schon Staatsgästen widersprechen.

Dass Dresden trotz Wladimirs Putins und Barack Obamas Visiten weder eine Russische Straße noch einen Platz der USA hat, fällt dabei kaum ins Gewicht.

Schließlich wäre der Park verliehene Ehrendoktorhut der TU Dresden allein etwas mickrig gewesen für eine so weltoffene Stadt.

Apropos weltoffen: Dresden hat weltweit 13 Partnerstädte. Sechs davon finden sich auch im Dresdner Stadtplan: Hamburg, Salzburg, St. Petersburg, Straßburg, Coventry und mit einem Augenzwinkern auch Columbus. Sieben Städte, nämlich Hangzhou, Brazzaville, Rotterdam, Florenz, Skopje, Wrocław und Ostrava warten noch immer auf eine Dresdner Straßenbenennung.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

Utopie oder machbare Zukunftsvision? Ein Gedankenspiel

Die fast autofreie Großstadt

von Matthias Kunert

Die Vision

Stellen Sie sich vor, es ist ein Sommertag im Jahr 2025: Sie treten morgens aus Ihrer Wohnung hinaus auf den Bürgersteig. Neben dem Gehweg verläuft ein breiter Grünstreifen, auf dem die Stadt vor ein paar Jahren Bäume gepflanzt hat. Die sind jetzt schon so groß, dass sie angenehmen Schatten spenden. Dazwischen haben Sie und Ihre Nachbarn Blumen gepflanzt, die wunderbar duften. Kaum zu glauben, dass sich an dieser Stelle vor 10 Jahren noch lückenlos parkende Autos aneinander reihten und es nach Abgas, statt nach Blumen roch. Es ist noch früh am Morgen. Obwohl schon viele Menschen unterwegs sind, ist es so ruhig, dass man das Zwitschern der Vögel, die spielenden Kinder im Nachbarhaus und die Stimmen aus dem Straßencafé auf der anderen Straßenseite hören kann. Das liegt vor allem daran, dass kaum Autos unterwegs sind und die wenigen verbleibenden fast lautlos elektrisch vorbeigleiten. Sie selbst haben schon lange kein eigenes Auto mehr und die meisten ihrer Nachbarn auch nicht. Wozu auch? Schließlich sind in der Stadt heute alle Ziele schnell zu Fuß, per Fahrrad oder Pedelec, mit dem öffentlichen Personennahverkehr oder einem Carsharing-Auto zu erreichen – und das so einfach und preiswert wie nie zuvor. Eine Eingabe in der Verkehrs-App Ihres Smartphones genügt, um alle Verbindungen zu Ihrem Ziel angezeigt zu bekommen – in Echtzeit. Und wenn Sie wirklich einmal nur umständlich an Ihr Ziel gelangen oder viel zu transportieren haben sollten, finden Sie mit Ihrer App überall schnell ein geeignetes Carsharing-Fahrzeug, vom kleinen Elektrofahrrad bis zum Lieferwagen. Wenn das Wetter schön ist, nehmen Sie ohnehin am liebsten das Rad. Seit nur noch so wenige Autos auf den Stra-



ßen unterwegs sind, macht das Radeln erst richtig Spaß. Aber auch per Bus und Bahn gelangen Sie schnell an Ihr Ziel. Hierfür müssen Sie nur wenige Meter bis zur nächsten Bushaltestelle laufen, wo Sie ein Elektro-Kleinbus zur Straßenbahn oder zur S-Bahn bringt. Wenn gerade einer vorbei gefahren ist, muss Sie das nicht in Stress versetzen, denn der nächste kommt nur wenige Minuten später. Dank der dichten Taktzeiten und der intelligenten Vernetzung der Verkehrsträger müssen sie auch beim Umsteigen nirgendwo länger warten. Tickets für Bus und Bahn braucht es schon lange nicht mehr, seit der Großteil der Kosten des öffentlichen Personennahverkehrs über einen Nahverkehrsbeitrag von allen Einwohner/innen zwischen 18 und 65 Jahren getragen wird. Diese Umstellung hat ermöglicht, die Kosten für die Nutzung des Nahverkehrsangebots im Vergleich zur früheren Monatskarte mehr als zu halbieren. Allein die große Zahl

der Beitragszahler und Nutzer machte deutliche Kostensenkungen möglich. Hinzu kamen die Einspareffekte durch die Abschaffung des Ticketverkaufs, der Automaten und der Kontrolleure. Und schließlich hat die Stadt auch die Parkgebühren für Autofahrer deutlich erhöht, die jetzt zur Finanzierung des Bus- und Bahnangebots beitragen. Dass am Ende für nur 25 EUR monatlich ein so dichtes öffentliches Verkehrsangebot möglich sein würde, hatten zu Beginn viele nicht geglaubt, die gewohnt waren, für ein viel kleineres Angebot deutlich mehr Geld zu zahlen. Entsprechend haben sich die Fahrgastzahlen in den letzten 10 Jahren vervielfacht.

Wie diese Utopie Wirklichkeit werden könnte hat Matthias Kunert untersucht und beschrieben. Der gesamte Artikel ist nachzulesen unter <http://d-nb.info/1061126749/34>

Stadtelternbeirat

Sprecher*innen-Gruppe gegründet

von Cornelia Eichner

Mitte Januar 2015 gründete sich die Sprecher*innengruppe zum Aufbau des Stadtelternbeirats. Diese wird in den nächsten Wochen Funktionsweise, Statute, Geschäftsordnung entwickeln, um eine politische Legitimation des Stadtelternbeirats für die Zukunft zu gewährleisten. Darüber hinaus übernimmt sie erste konkrete Aufgaben als Schnittstelle zwischen Elternschaft und Eigenbetrieb. Somit können sich ab sofort Eltern mit Sorgen, Anregungen und Fragen, welche die Betreuung ihrer Kinder betreffen, und nicht konkret mit Einrichtung oder Eigenbetrieb geklärt werden können, an die Sprecher*innengruppe wenden. (Da die Bearbeitung von den Elternbeiräten ehrenamtlich nebenbei erfolgt, Anfragen bitte bevorzugt via eMail: isteb@web.de)

Die Initiative Stadtelternbeirat (Sascha König-Apel und Cornelia Eichner) hatte für gestern in den Lichthof des Rathauses eingeladen, um diese Sprecher*innen-

Gruppe zu gründen und erste Fragen zu klären. Gefolgt waren dieser Einladung etwa 100 interessierte Eltern, deren Kinder in den Bereichen Tagespflege, Kindergarten oder Hort untergebracht sind. Gegründet hatten König-Apel und Eichner diese Gruppe im vergangenen Jahr, da im Dezember 2013 der ehemalige Stadtelternbeirat seine Arbeit einstellte. Geleitet und moderiert wurde die gestrige Veranstaltung von Sascha König-Apel (Initiative Stadtelternbeirat); Sabine Bibas (Eigenbetrieb Kindertagesstätten) stellte ihren Vorschlag zur Ausgestaltung des Stadtelternbeirates vor. Für Diskussionen standen darüber hinaus Sabine Grohmann (Eigenbetrieb Kindertagesstätten) und Cornelia Eichner (Initiative Stadtelternbeirat) zur Verfügung, ein Angebot, das im Anschluss an die Podiumsdiskussion rege genutzt wurde. So kamen Fragen bzgl. Mittelverteilung an Kitas, Rechte von Elternräten in Kitas, Arbeitswei-



Foto: Helene Sousa / pixelio.de

se des Stadtelternrates, konzeptionelle Gestaltung von Einrichtungen, Mitwirkungsrechte von Eltern an sich u.ä.

AnsprechpartnerInnen: Cornelia Eichner und Sascha König-Apel – Sie erreichen uns über iSTEB@web.de, Tel.: 01520-4094514

Der griechische „Teufel“ – Alexis Tsipras

von Georgios Aihmalotides

„Der griechische „Teufel“ – Alexis Tsipras“ so oder so ähnlich – überspitzt ausgedrückt – könnten auch die Titel der momentan veröffentlichten Artikel diverser deutscher und europäischer Zeitungen sein, welche sich mit der griechischen Parlamentswahl, die am 25. Januar 2015 stattfindet, und im speziellen mit der griechischen Linkspartei SYRIZA und deren Parteivorsitzenden Alexis Tsipras auseinandersetzen.

Der provokante Titel ist natürlich Absicht und bezieht sich auf das fast schon latente „den-Teufel-an-die-Wand-malen“ einiger Zeitungen hier zu Lande, aber auch anders wo auf der Welt, welche mehr oder minder im Subtext oder ganz unverblümt vor einem Wahlsieg der SYRIZA und Alexis Tsipras warnen und das Schlimmste heraufbeschwören. Dies ist ein Phänomen, welches nur allzu oft in der Geschichte vorgekommen ist und das wohl treffend mit den Worten „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus.“, oder wie in dem Fall genauer formuliert „[...] das Gespenst der Linken.“

Doch der konstruierte Schein ist schlimmer als die Realität. Die Wahrheit ist, weder Griechenland noch Europa werden untergehen, wenn SYRIZA die Wahlen gewinnen sollte und die Chancen dafür liegen gut. Laut der aktuellsten Umfrage der griechischen Demoskopie-Agentur Kappa Research vom 17. Januar, liegt SYRIZA bei 31,2 % und damit 3,1 % vor der zweitstärksten und momentanen Regierungspartei Nea Dimokratia (Neue Demokratie, Schwesterpartei der CDU/CSU). Damit würde ihr der Regierungsbildungsauftrag erteilt und als stimmenstärkste Partei



würde sie 50 Bonussitze im Parlament erhalten um so, nach dem Verständnis der griechischen Verfassung, eine stabile Regierungsmehrheit innerhalb von drei Tagen erreichen zu können, was sich eventuell als schwer erweisen könnte, da die Anzahl möglicher Koalitionspartner stark begrenzt sei wird.

Im Gegensatz zu den Behauptungen so manch einer Schwarzmalerei wird Alexis Tsipras nicht den Untergang Griechenlands herbei führen, sondern wohl eher versuchen, dass Griechenland und seine Bewohner nicht weiter in die menschliche Katastrophe getrieben werden, wie es die vorherigen Regierungen mit ihrem Sparkurs viel zu lange getan haben. Dennoch wird es für die mögliche SYRIZA-Regierung wohl nicht leicht werden ihr Programm durchzusetzen, da darauf mehrere Akteure, wie die EU, die EU-Staaten und der IWF Einfluss nehmen.

In jedem Fall stellt die Wahl der SYRIZA zur stärksten ein Novum und einen Politikwechsel in Griechenland

und Europa dar. Mit ihr wäre das erste Mal eine linke Partei der Seniorpartner einer Regierungskoalition eines EU-Staates, die zudem nicht gewillt ist sich dem Troika-Spardiktat zu beugen.

In jedem Fall wird die Wahl der SYRIZA nicht das Ende Griechenlands herbeiführen, da sie, im Gegensatz zu den vorherigen Regierungen, zumindest versuchen wird die Situation für die armen und ärmsten Schichten, aber auch für die Mittelschicht, zu verbessern und die reichen Schichten entsprechend ihrer gesellschaftlichen Verantwortung einzubeziehen.

Weitere Informationen zu den Wahlen in Griechenland bzw. den Möglichkeiten und Folgen die aus einem Wahlsieg der SYRIZA und der damit verbundenen Regierungsbildung entstehen könnten findet man unter anderem bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung (rosalux.de; Griechenland vor den Neuwahlen) und in etwas verkürzter Form auch in der Zeitung Neues Deutschland.

„Wir haben es satt 2015“

von Max Pagenkopf

Es war ein Samstag, 6:30 Uhr und es regnete. Perfekt Voraussetzungen um zu einer Großkundgebung zu fahren. Glücklicher Weise änderte sich das Wetter von sächsisch Nass-Gräu in berliner Schleier-Blau. Nach dem die Busse aus Dresden dann endlich ihren Weg nach Berlin gefunden hatten und das obligatorische Gruppenbild (ohne mich) geschossen wurde begann auch gleich die Auftaktkundgebung zur „Wir haben es satt“ Demo 2015. Was das ist? Jetzt zum 5. Mal in Folge findet in Berlin eine Demonstration zum Thema bäuerliche Landwirtschaft statt, die sich vorrangig gegen Agrarindustrie, Tierfabriken und diverse Konzerne stellt (dazu später mehr).

Bei der genannten Auftaktkundgebung sprachen einige Gewerkschafter und beschwerten sich zu recht darüber, dass die Landwirtschaft immer weiter industrialisiert wird und dass die weiterverarbeitenden Berufe immer mehr Probleme bekommen ihren Kunden nicht einwandfrei sagen zu können, wo welches Mehl oder wo welches Fleisch nun herkommt.

Parallel dazu fand auch eine witzige Aktion von der BUNDjugend statt. Zwei Personen versteckten sich unter einem Kar-



ton mit der Aufschrift TTIP und einzelne Tiere, hier Menschen im Tierkostüm, näherten sich dieser schwarzen Box, um diese dann gemeinsam davon zu jagen.

Wie jedes Jahr wird die Demo von 100 Traktoren aus mehreren Ländern begleitet, die symbolisch für die bäuerliche Landwirtschaft stehen – vom Gemüsebauern über die Viehzüchter, bin hin zu den Imkern waren alle Facetten der Landwirtschaft vertreten.

Bei der Abschlusskundgebung wurde es interessant. Ein sehr hohes Mitglied des BUND hielt eine solch flammende Rede gegen Monsanto und anderes Großkapital, dass nun doch ein Gefühl ankam, als wäre man am Montag auf der falschen Demo. Ein auch etwas verwirrt wirkender Mensch, war über

400 km zu Fuß mit einer Kälberbox durch Deutschland gezogen um seinen Protest gegen Angela zu zeigen, die er Jahrzehnte immer unterstützt hatte.

Aber nichts desto trotz haben alle Abschlussredner_innen - seien sie aus Deutschland, Griechenland, Syrien oder aus Simbabwe - eines klar gemacht: Wir haben es satt, dass Unternehmen wie Monsanto, BASF, Bayer und co. Patente auf Leben generieren und so den klein Bauern die Chance nehmen ihr Saatgut selber herzustellen. Wir haben es satt, dass die Agrarindustrie und die Tierfabriken durch ihren Massenanbau die Preise zerstören. Wir haben es satt, dass durch Verträge wie TTIP und CETA Staaten gezwungen werden können sich eben genau diesen Mechanismen unterwerfen zu müssen.

NOT MY

Landeszentrale!

von Franziska Fehst

Nach dem sonntäglichen Auftritt von Frank Richter in der Fernsehtalkshow „Jauch“ am 18. Januar 2015 dachte man ja, es könnte nicht noch schlimmer werden. Einen Kuschelkurs im Fernsehen vor ganz Deutschland, unterstützt von Günther Jauch, gegenüber Katrin Oertel, einer Frau, welche seit Wochen Rassismus und Hetze von Dresden über Sachsen nach ganz Deutschland verbreitet. Aber nein, Frank Richter und die sächsische Landeszentrale für politische Bildung haben heute das Brückengate geschafft. Indem wir rassistischen Bewegungen wie PEGIDA den Dialog anbieten, legitimieren wir deren Meinung. Möglichkeiten zur Kommunikation für Menschen herstellen zu wollen, ist das eine. Rassismus dadurch eine Plattform zu geben ein absolutes NO-GO!

Solange wir hier in Sachsen nach dem Grundgesetz leben, können wir das nicht zulassen! Reißen wir diese „Brücken“ zu Rassist_innen wieder ein oder besser noch: bauen wir sie gar nicht erst auf! Lasst uns Brücken schlagen zu Menschen, die von Rassismus betroffen sind. Lasst und Brücken schlagen zwischen Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Vorurteile abbauen. Lasst uns Brücken zu Menschen aufbauen, die von sozialer Ungleichheit betroffen sind.

Wie es sehr treffend von unserem Stadtverband der LINKEN heißt: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen dir und mir, „deutsch“ und „nicht deutsch“ sondern zwischen arm und reich, zwischen Macht und Mensch.

Und noch eins an Frank Richter: fahren Sie mal in eine national befreite Zone in die Sächsische Schweiz, kommen sie dann wieder und erzählen sie uns bitte noch mal, dass wir die Ängste ernst zu nehmen haben und mit wem man in den Dialog treten sollte. Personal Konsequenzen im Kuratorium der SLpB wären dringend notwendig!

Say it loud, say it clear: Refugees are welcome here!



Treffen: jeden Di, 18 Uhr, WIR AG
E-Mail: info@linksjugend-dresden.de
Im Netz: www.linksjugend-dresden.de



JANUAR

**31 Kleiner Parteitag
DIE LINKE. Sachsen**

Eintritt frei - Spenden erlaubt!
10 bis 16 Uhr | Gewerkschaftshaus
Schützenplatz 14

Ständige Termine in der WIR AG,
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

Bibliothek der RLS in der WIR-AG

Martin-Luther-Str. 21

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Donnerstag
10.00 bis 18.00 Uhr

Neu in der Bibliothek:

Stephan Kaufmann / Ingo Stützle
Kapitalismus: Die ersten 200 Jahre.
Thomas Pikettys „Das Kapital im 21.
Jahrhundert“ -
Einführung, Debatte, Kritik.
Berlin 2014, 109 S.

Termine der LAG Hartz IV Dresden:

26.01.2015, 09.02.2015,
23.02.2015, 09.03.2015,
23.03.2015

Jeweils von 13:00 bis 14:30 Uhr
Wir AG | Martin-Luther-Str. 21

Am 18. Januar 2015 feierte unsere
Genossin

Katja Kipping

ihren 37. Geburtstag. Wir gratulieren
sehr herzlich und wünschen ihr
alles Gute!

Genossinnen und Genossen des
Stadtverbands DIE LINKE. Dresden

Wolfs-Pegida

Heimlich hoffen
auf Pegelhöchststand brauner Flut
Anständig wirkende Bürger
im Schafspelz

[Jürgen Riedel]

Wir trauern um unsere langjährige
Genossin

Margarethe Gorks

*26.11.1920 + 01.11.2014

Wir ehren ihr Andenken.

Mitglieder der BO Otto Buchwitz

FEBRUAR

**02 Bürgersprechstunde der Orts-
beirätinnen und Beratung des
Ortsvorstandes**

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“ | Breitenauer
Str. 17

04 Umkämpfte Erinnerung

Geschichte und Gegenwart des Ge-
denkens an den 13. Februar
Mit Jun.-Prof. Dr. Malte Thießen, Juniorpro-
fessur für Europäische Zeitgeschichte an der
Universität Oldenburg, Eine gemeinsame
Veranstaltung der Evangelischen Hochschule
Dresden, des VVN-BdA Region Dresden e.V.
und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
19 Uhr | Evangelische Hochschule Dresden,
Raum 3.305 | Dürerstraße 25

07 Stadtparteitag DIE LINKE

10 Uhr | Kulturrathaus

Der Rote Baum e.V. lädt alle geschicht-
lich Interessierten ein, ein Wochen-
ende mit nach Buchenwald zu kom-
men. Dort wird es eine der letzten
Möglichkeiten geben, mit ehemaligen
Häftlingen ins Gespräch zu kommen.

Samstag, 11. April 2015
6:30 Uhr Großenhainer Str. 93
Jugendhaus / Star-Tankstelle
Sonntag, 12. April gg. 19 Uhr zurück
35 Euro Unkostenbeitrag
Anmeldung bis 13. März 2015
0173-6739399
rica.gottwald@freenet.de

Sehr herzlich zum Geburtstag gratulieren wir unseren GenossInnen

Eva Apfelbaum, Prohlis
Alexander Bareiß, West
Steffen Berger, Neustadt
Gudrun Braune, Blasewitz
Siegfried Bretschneider, Pieschen
Fritz Böhm, Blasewitz
Waltraud Böhme, West
Käte Börner, Plauen
Uwe Dolge, Plauen
Ruth Elsner, Pieschen
Andreas Fischer, Neustadt
Simon Fischer, Pieschen
Elfriede Gimmel, Plauen
Anna Gleser, Neustadt
Armin Grünler, Altstadt
Ullrich Gäbler, West
Henriette Hanig, Neustadt
Gerda Hanke, West
Gerda Heiber, Pieschen
Sven Heilmann, Altstadt
Günter Hentschel, Neustadt
Helmuth Herold, Pieschen
Wolfgang Heyde
Thomas Hinz, Neustadt
Elisabeth Hoche, Plauen
Jürgen Hoffmann, Altstadt
Waltraud Holz, Altstadt
Erika Horn, Neustadt
Sebastian Andreas Högen, West
Thomas Jahn, Neustadt
Ursula Kalauch, Neustadt

Gertrud Knäschke, Nord
Heidi Koch, Altstadt
Horst Koch, Altstadt
Beate Koltermann, Altstadt
Sebastian Kraska, Pieschen
Werner Krauß, Altstadt
Jochen Kretschmer, Leuben
Jens Krüger, Blasewitz
Frank Kutzner, West
Manfred Körner, Nord
Helga Kühn, Altstadt
Stefan Laskowski, Blasewitz
Ursula Leder, Neustadt
Thomas Leusche, West
Charlotte Loßnitzer, Pieschen
Margarete Ludewig, Altstadt
Ines Mai, Neustadt
Klaus Maisl, Neustadt
Peter Martin, Plauen
Rolf Meichsner
Gottfried Michler, Blasewitz
Kurt Morgenstern, Altstadt
Peter Mücke, Prohlis
Gertraute Möckel, Neustadt
Vicky Solveig Möhl, Neustadt
Brigitte Müller, Leuben
Gertrud Pahlitzsch, Prohlis
Ingeborg Philipp, Pieschen
Michael Piéc, West
Andreas Rentzsch, Blasewitz
Erika Rothe, Neustadt

Gisela Ruhnnow, Altstadt
Frank Rüdiger, Pieschen
Kay Schaarschmidt, Pieschen
Agnes Scharenberg, Neustadt
Rüdiger Schlüter, Prohlis
Ernst-Achim Schmidt, West
Dietmar Schmiedgen, Leuben
Gunter Schworm, Blasewitz
Eberhard Semsler, Pieschen
Sebastian Siegert, Neustadt
Siegfried Speer, Pieschen
Walter Stephan,
Irene Storch, Altstadt
Jochen Strobel, Neustadt
Joachim Stübner, Plauen
Erik Thomas, Prohlis
Sven Thomas, Neustadt
Manfred Trommler, Plauen
Hannes Träger, Leuben
Martin Uhlig, Altstadt
Rosel Walther, Blasewitz
Günter Weigel, Altstadt
Sabine Wenk
Dieter Werblow, Prohlis
Ronny Winkler, Pieschen
Erika Woit, Altstadt
Hans Wünsche, Neustadt
Ursula Zimmermann, Altstadt
Winfried van Treek, Neustadt

12 Versammlung der IDS

19 Uhr, Alexandros, Großenheiner Str.

**15 Kinderfasching in der
WIR AG**

Wie jedes Jahr muss, wer in Dresden eine
närrische Jahreszeit erleben will, die Sa-
che selber in die Hand nehmen. Dieses
Jahr möchte die Wir AG in der Dresdner
Neustadt zum Kinderfasching einladen.
14:30 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**18 Das Kapital und die Verteilung
im 21. Jahrhundert. Hat Piketty
Recht?**

Vortrag und Diskussion mit Stephan Kauf-
mann, Wirtschaftsjournalist, eine Verant-
wortung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Dresden e.V.
19 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

**24 BürgerInnensprechstunde
mit StadträtinAnnekatri
Klepsch, MdL**

Thema: Der Landeshaushalt 2015/16
Um Anmeldung unter **0351-8214793**
wird gebeten.
ab 16 Uhr | WIR AG | M.-Luther-Str. 21

**REIHE: JUNGE ROSA
Die „neuen“ Rechten**

Vortrag und Diskussion mit Volk-
mar Wölk, Publizist (Grimma), eine
Veranstaltung der RLS Dresden
18 Uhr | Wir AG | M.-Luther-Str. 21

Fraktionssitzung

18 Uhr | DIE LINKE-Fraktionsbüro
Zimmer 176, 1. Etage | Dresdner Rathaus

26 Stadtratssitzung

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

Ständige Termine im Roter Renner,
Rudolf-Renner-Str. 49

Montag: 14–16:30 Uhr
Dienstag: 16–17.30 Uhr
Mittwoch: 14–16:30 Uhr
Donnerstag: 16–17.30 Uhr
»Offenes Büro«

Öffentliche Ortsvorstandssitzung
zweiter Mittwoch im Monat ab 17:30 Uhr
jeden 1. Donnerstag:
Stammtisch ab 15:30 Uhr

**KPF - Kommunistische
Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr
im Haus der Begegnung - Empore

HARTZ IV-Beratung im HdB

Jeden Mittwoch
14 bis 17 Uhr
im Haus der Begegnung
Großenhainer Str. 93
Tel.: 0351-8583801

Pegida von Waldemar Peine

Siebzig Jahre Sowjetunion, vierzig Jahre DDR, der "Ostblock", Sozialismus war es wohl nicht, aber es war ein Versuch und anmaßend sahen wir uns als Sieger der Geschichte. Als die wissenschaftlich-technische Überlegenheit des Kapitalismus uns eines besseren belehrte und ihre Spitzen in Politik und Wirtschaft uns ihre freie Gesellschaft überstülpten, sagten unsere Klügsten, der Kapitalismus hat nicht gesiegt, er ist nur übrig geblieben.

Übrig geblieben, mit all seinem Unvermögen die Folgen des Klimawandels zu beherrschen, die durch schamlose Ausbeutung entstandene weltweite Ungleichheit auszugleichen, die mit einem Überangebot an Waren

und Verschwendung des gesellschaftlichen Reichtums einhergehende Verdummung der Menschen in den industriellen Weltzentren aufzuhalten, nun marschiert PEGIDA...5000

In der politischen Wirklichkeit unserer Zeit ringen die sozialistischen Parteien und Bewegungen, um ihren Einfluss auf die Massen, um Prozenste und Mandate, um eine theoretisch gestützte belastbare Strategie ihres weiteren Handelns, aber es marschiert PEGIDA...12000.

Der bürgerliche Parlamentarismus, die westliche Demokratie sieht sich als Maß aller Dinge, spricht von erungener Freiheit und Menschenwürde, sieht sich als Voraussetzung für

eine weltweiten Friedenordnung und schickt Soldaten zur Eindämmung bedrohlicher Gegenbewegungen, aber es marschiert PEGIDA...25000.

DIE LINKE sucht in der viel gelobten freien Gesellschaft ihren Platz, fragt warum die Unzufriedenen gerade mit einer angeblichen Islamisierung Deutschlands zu locken sind. Die Bundesabgeordnete Jepke sieht die Demonstranten als "das brandgefährliche Gemisch aus dumpfen Fremdenhasern, Frustbürgern und Neonazis". Die Dresdner Stadtvorsitzenden holen die Bezeichnung des "wild gewordenen Kleinbürgers" aus der Begriffskiste und wollen mit einer Plakataktion den Un-

zufriedenen eine politisch Orientierung geben, weiter marschiert PEGIDA...

Können wir heute schon sagen, diese Bewegung ist ein Beleg für die Richtigkeit der Aussage des nur übriggebliebenen des Kapitalismus nach der Systemauseinandersetzung der Vergangenheit? Was wir sagen können: Diese Bewegung ist eine Bewegung politischer Willensbildung, rückwärts gewandt, Ausdruck der oben genannten Unfähigkeit. Plakataktionen und schnell gefundene begriffliche Einordnung bringt wenig, die Sprechchöre der Gegendemonstranten verhalten. Ja, Friedrich Engels: Sozialismus oder Barbarei.

Geschichte und Gegenwart des Gedenkens an den 13. Februar

Umkämpfte Erinnerung

von Susann Scholz-Karas

Am 13. Februar 2015 jährt sich die Bombardierung Dresdens im 2. Weltkrieg zum 70. Mal. Uns ist es wichtig den Opfern zweier Weltkriege zu gedenken und gleichzeitig durch unsere Art des Erinnerns der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gerecht zu werden.

So bieten wir in unserem Januar-/Februarprogramm mehrere thematische Veranstaltungen an bzw. unterstützen ein Seminar.

Nachdem wir im Januar den spannenden Ausführungen Patrick Pritschas zu: „Vom Leben danach. Lebensrealitäten von NS-Verfolgten und ihren Kindern und Enkeln in der Nachkriegszeit“ gelauscht und im Anschluss darüber disku-

tiert haben, laden wir Euch gemeinsam mit dem VVN BdA Region Dresden e.V. und der Evangelischen Hochschule Dresden am 4. Februar zu einem Gespräch zum Thema: „Umkämpfte Erinnerung: Geschichte und Gegenwart des Gedenkens an den 13. Februar“ ein.

Prof. Dr. Thießen und Claudia Jerzak werden in einem Gespräch die Konjunkturen und Konflikte um die Erinnerung an den 13. Februar 1945 und Möglichkeiten einer „zeitgemäßen“ Erinnerungskultur diskutieren. Im Fokus stehen Entwicklungen von den 1980er Jahren bis heute und damit die Veränderung von AkteurInnen und Zielen des Erinnerns, von Gedenk- und Protestformen. Kontroversen zwischen der Opposition unter dem Dach der



Foto: Frauenkirche, Bundesarchiv, Bild 183-60015-0002 Giso Loewe CC-BY-SA 3_0 Wikipedia_org

Kirche und der SED in den 1980er Jahren werden dabei ebenso diskutiert wie Konflikte um die Mobilisierung gegen die geschichtsrevisionistischen „Trauermärsche“ in den 1990er und 2000er

Jahren. Was waren die Hintergründe für diesen Wandel der Erinnerung? Woran entzündeten sich eigentlich die Erinnerungskonflikte? Und was folgt daraus für unsere Erinnerungskultur heute?

Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Die Cuban Five sind frei!

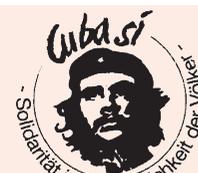
Die Freude aller international Engagierten im Kampf um ihre Freiheit war groß. Ist es nun ein Sieg der Gerechtigkeit und Solidarität oder Taktik aus politischem und wirtschaftlichem Druck? Die sozialistische Insel hat am Mittwoch, dem 17. Dezember 2014 den seit 2009 in Kuba inhaftierten US-Spion Alan Gross aus humanitären Gründen freigelassen, sowie einen CIA-Spion, der in Kuba 20 Jahre lang gefangen war. In Bezug auf die Freilassung der drei Kubaner sagte Raúl Castro: „Diese Entscheidung von Präsident Obama verdient den Respekt und die Anerkennung unseres Volkes.“ Castro erneuerte die Bereitschaft seines Landes „auf der Grundlage souveräner Gleichheit einen respektvollen Dialog zu führen“. Dabei könne auch über strittige Themen wie nationale Souveränität, Demokratie, Menschenrechte und Außenpolitik gesprochen werden. Castro forderte die US-Regierung auf, die weiterhin bestehende Handels- und Finanzblockade zu beenden. Obama solle von seinen Kompetenzen Gebrauch machen, um bestehende Hindernisse zu beseitigen. „Wie wir bereits wiederholt angemerkt haben, müssen wir die Kunst erlernen, mit unseren Differenzen auf zivilisierte Weise zusammenzuleben.“

Obama kündigte in seiner Rede eine Wiederaufnahme der diplomatischen

Beziehungen mit Kuba an, und will die Reisefreiheit seiner Bürger nach Kuba, ebenso Geldüberweisungen und Handel erlauben. „Die Isolationspolitik gegenüber Kuba hat nicht funktioniert“, so sein Resümee. Er wolle sich im Kongress daher für ein Ende der Blockadegesetze einsetzen, die in den USA als „Embargo“ bezeichnet werden. Die konservativen Politiker der USA und Europas äußerten sich konsterniert und verurteilten den Schritt Obamas. Das Ende der Blockade wäre für Kuba und die internationale Solidarität ein großer Erfolg. In den USA herrscht Euphorie bei den Großunternehmen. Schätzungen des internationalen Peterson Wirtschaftsinstituts gehen davon aus, dass mit Aufhebung der Blockade US-amerikanische Waren im Wert von 4,3 Mrd. US-Dollar nach Kuba exportiert werden könnten. Profitieren würden zunächst u. a. die Bereiche Landwirtschaft, Flugverkehr, Hotelgewerbe, Telekommunikationsunternehmen. Am 21./22.01.2015 werden die ersten Gespräche mit der stellv. Ministerin für Außenhandel Kubas beginnen. Jetzt geht es darum, dass sich Kuba nicht die Butter vom Brot nehmen lässt! Im April tagt der OAS- Gipfel mit den CELAK- und ALBA- Staaten Lateinamerikas/ Karibik, der USA und Kanada in Panama mit Kuba! Es wird interessant, denn die USA möchte diese Länder wieder unter ihren Einfluss bringen.

Sammlungen 2015

05. März,
04. Juni,
03. September,
03. Dezember



Spendenkonto:
DIE LINKE/Cuba Si Dresden
Ostsächsische Sparkasse Dresden
IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074
Verwendungszweck:
„Milch für Kubas Kinder“

Unsere Spendenergebnisse von 2014 Finanzielle Spenden wurden insgesamt 4.004,74 Euro auf unser Konto überwiesen und gesammelt. Davon gingen 3.000 Euro für das Projekt „Bewässerungsanlagen Guantanamo“ und 640 Euro in die Reparatur der Fahrräder an den Verein „Arbeit und Lernen“ (AuL). An Sachspenden wurden: 56 Kartons mit vorwiegend Bett- und Haushaltswäsche, Werkzeugen, Schreibmaterialien, Waschmitteln und Seife, Arbeitsschuhen, Krankenhausmaterialien und Wäsche, Schirmen, 500 dioptriebestimmte Brillen und zehn Hörgeräte, acht Nähmaschinen und Computer, vier Rolatoren, zwei Koffer und 66 Fahrräder. Für dieses Solidaritätsergebnis möchten wir uns von der AG Cuba Si bei allen SpenderInnen bedanken und bei den Genossinnen Klemm und Wittenberg für ihre Umsicht, Fahrräder für Kuba aufzuspielen! Unsere Solidarität geht 2015 am: 05.3., 04.06., 03.09., 03.12. weiter! Die beiden Soliprojekte Bewässerungsanlagen und Fahrradreparatur bleiben bestehen! Saludos solidarios!

Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015
04.03.2015, 15.04.2015
06.05.2015, 03.06.2015
08.07.2015, 09.09.2015
30.09.2015, 28.10.2015
10.12.2015

Impressum
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,
www.dielinke-dresden.de
E-Mail: Linksblatt@web.de
V.i.S.d.P. Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling
Satz und Layout: Max Kretzschmar
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Annetkatrin Klepsch, Tilo Kießling, Katja Kipping, Uwe Schaarschmidt, Dieter Gaitzsch, Ursula Zierz, Pia Barkow, Max Pagenkopf, Susann Scholz-Karas, Franziska Fehst, Dieter Gaitzsch, Dr. Margot Gaitzsch, Dr. Cornelia Ernst, Lorenz Krämer
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!



Nach den Attentaten von Paris

von Dr. Cornelis Ernst und Lorenz Krämer

Gleich in der zweiten Woche des neuen Jahres haben uns die Attentate von Paris vom 7. und 9. Januar mit solch schrecklichen Ereignissen konfrontiert, die die politische Debatte nicht nur in Frankreich sondern mindestens in ganz Europa in der kommenden Zeit mitbestimmen werden. Das Massaker in den Räumen der Satirezeitung „Charlie Hebdo“ und die Geiselnahme in einem koscheren Supermarkt haben viele Millionen Menschen schockiert und zugleich die Debatte um Terrorismus und die innere Sicherheit weiter angeheizt. Bereits in der folgenden Woche fanden in mehreren europäischen Ländern Razzien bei Terrorverdächtigen statt, in der belgischen Stadt Verviers starben zwei Verdächtige bei einer Schießerei mit der Polizei.

Tatsächlich ist es dringend nötig, in ganz Europa eine intensive Debatte zu führen darüber, wie wir mit der zunehmenden Radikalisierung oft junger Menschen und der wachsenden Anzahl von Anschlägen, nicht nur in Frankreich, umgehen sollen. Dabei ist die Rede vom „9. September Europas“, wie sie in der vergangenen Woche aufgekommen ist, aber ganz sicher nicht hilfreich. Einerseits hat der Vergleich eine beträchtliche Schiefelage was die Fakten angeht – die beiden Ereignisse sind weder in der Zahl der Opfer noch was die Komplexität des Anschlags selbst angeht überhaupt miteinander zu vergleichen. Andererseits legt der Vergleich nahe, dass die gleiche

Reaktion auf den Anschlag notwendig wäre, gemeint ist der damals von der Bush-Administration in kürzester Zeit verabschiedete „Patriot Act“, jenes Gesetz, das unter anderem das Gros der Überwachungsmöglichkeiten geschaffen hat, die Edward Snowden enthüllt hat.

In dasselbe Horn stießen auch schon die europäischen Innenminister, die kurz nach den Anschlägen einen ganz und gar nicht neuen Katalog an Forderungen präsentierten. Mehr noch als sonst geben die geforderten Maßnahmen jedoch zu denken. An prominenter Stelle rangieren dabei zwei Instrumente, die die Auseinandersetzungen im die Innenpolitik auf europäischer Ebene in den letzten Jahren mitbestimmen. Die Minister wollen nun zügig von der EU-Kommission einen Vorschlag sehen, der die im vergangenen Jahr vom EuGH wegen Unvereinbarkeit mit den Grundrechten annullierte Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ersetzen soll. Gleichzeitig fordern sie die schleunige Einführung



Foto: simpsons

eines europäischen Systems zur Erfassung und Auswertung von Fluggastdaten. Eine Gesetzesvorlage dazu liegt im Europaparlament seit einigen Jahren auf dem Tisch, wurde aber im zuständigen Innenausschuss auch mit meiner Stimme schon einmal abgelehnt. Ein Abkommen zum Austausch von Fluggastdaten mit Kanada haben wir Europa-abgeordneten im vergangenen November dem EuGH zur Vorabprüfung vorgelegt mit der Frage, ob das Abkommen mit unseren Grundrechten vereinbar ist.

Im Gegensatz zu Deutschland wird die Vorratsdatenspeicherung von Telefonverbindungen in Frankreich praktiziert, trotz der annullierten Richtlinie. Und Fluggastdaten werden in Frankreich zwar nicht pauschal, aber auf ausgewählten Flugstrecken durchaus gesammelt und ausgewertet. Allerdings fragt sich, wie aufschlussreich das Auswerten von Telefonverbindungen ist, wenn die zwei Attentäter, die die Redaktion von „Charlie Hebdo“ stürmten, ausgerechnet Geschwister waren. Und was nützt die Auswertung von Essenswünschen und Reisegefährten bei Auslandsflügen, wenn die Attentäter schlussendlich Einheimische sind?

In diesem Sinne sind die Attentate von Paris viel mehr dem Amoklauf von Breivik vergleichbar und man mag sich eine ähnlich besonnene Reaktion von der französischen Regierung wünschen,

wie die des damaligen norwegischen Ministerpräsidenten Stoltenberg, der auf den Ruf nach mehr Überwachung und Repression verzichtete. Diese würden einen vergleichbaren Anschlag kaum verhindern können, genausowenig wie der Entzug von Reisepässen die Ausreise von Syrien-Kämpfern verhindert. Realistisch betrachtet ist es ohnehin zu spät, wenn Entschlossene wie die Kouachi-Brüder mit Maschinenpistolen auf dem Weg zu ihrem Anschlag sind. Jede sinnvolle Prävention muss viel früher anfangen, das heißt mit Aufklärung und Sensibilisierung für die Anzeichen von Radikalisierung. Und mit entschlossenem Handeln gegen Benachteiligung und Diskriminierung, die leider noch immer alltägliche Erfahrungen von vielen Menschen in Europa darstellen. Und nicht zuletzt müssen wir einsehen, dass Waffen auch in Europa offenbar viel zu leicht zu bekommen sind.

Die Demokratie soll sich vor dem Schiedsgericht verantworten

Europa absurd

von Katja Kipping

Zu den großen Herausforderungen des kommenden Jahres gehört fraglos die Politik in Europa. Die europäische Sozialdemokratie existiert in vielen Ländern faktisch nicht mehr oder sie ist, wie in Deutschland, Teil einer Koalition für das Kürzungsdiktat.

Die Auseinandersetzung um die Freihandelsabkommen TTIP und CETA war diesbezüglich ein weiteres Lehrstück. Das war doch ein tolles Stück, was er da aufgeführt hat. Erst wettet Sigmar Gabriel wortgewaltig gegen die im Abkommen vorgesehen Schiedsgerichte. Begeistert von dem rhetorischen Feuerwerk verkündet die Sozialdemokratie, energisch für die Herausnahme der Schiedsgerichte zu streiten und nimmt dafür die generelle Zustimmung zu den Abkommen nebenbei in Kauf. Kurze Zeit später stellt man dann – ganz erstaunt – fest, dass es leider nicht mehr möglich sei, diese Schiedsgerichtsregelung aus dem Abkommen zu streichen. Was bleibt ist die signalisierte Zustimmung.

Also, wenn ein Lobbyist den Auftrag bekommen hätte, ein Drehbuch dafür zu schreiben, wie man die Sozialdemokratie aus der breiten Front des Widerstandes gegen solche Abkommen herausbricht, er hätte es nicht besser aufschreiben können, als es Gabriel selbst vollzogen hat.

Schönsprech für die Wähler

Worum geht aber geht es beim TTIP? Der Name verrät einiges: Transatlan-



Von links: Mike Nagler (attac), Dr. Cornelia Ernst (MdeP), Katja Kipping (MdB), Helmut Scholz (MdeP) auf einer bestens besuchten Veranstaltung im „Alten Wettbüro“ am Bahnhof Neustadt am 23. Januar 2015.

Foto: Uwe Schaarschmidt

tic Trade and Investment Partnership - zu Deutsch als Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, so lautet er in voller Länge. Und wenn die Verhandlungen über so eine „Partnerschaft“ still und heimlich geführt werden, kann man sich denken, dass es sich dabei nicht um Volkswohlfahrt handelt. Damit globale Konzerne auch dann ihren Profit machen können, wenn andere nationale Gesetze zu Stande kommen, als sie zum Zeitpunkt der Investitionsentscheidung galten, gibt es sogenannte Investitionsschutz-Abkommen. Das ist natürlich ein Schönsprech.

In Wirklichkeit sind das Demokratie-Verhütungs-Abkommen. Sie schützen die Großkonzerne vor demokratischen Entscheidungen. Auf Grundlage eines solchen Abkommens wird die Bundesrepublik Deutschland gerade vom schwedischen Atomkonzern Vattenfall auf 3,7 Milliarden Euro verklagt, weil der Bundestag den längst überfälligen Atomausstieg beschlossen hat.

Auch beim TTIP geht es darum, US-amerikanische Firmen vor demokratischen Entscheidungen zu schützen. Mit diesem Abkommen soll in

Europa erlaubt werden, wogegen wir uns bisher gewehrt haben, z.B.:

- Gentechnik im Essen, Hormonfleisch,
- mit Chlor desinfizierte Hähnchen sowie
- Fracking, also der hydraulische Aufschluss von Öl- und Gasvorkommen in harten, tiefen Gesteinsschichten

Demontage der Parlamente

Auch gegen die europäischen Arbeitsschutzrechte könnten US-Konzerne als „Handels- und Investitionshemmnisse“ klagen. Das besonders verwerfliche daran: Diese Klagen werden von Investitions-Schiedsgerichten entschieden, entziehen sich also der regulären, nationalen Judikative, die - falls TTIP von den nationalen Regierungen akzeptiert wird - dann keine juristische Kompetenz mehr haben, gegensätzlich zu entscheiden. Dies dürfte in Zukunft dazu führen, dass Parlamente Gesetze, die sie eigentlich für notwendig und richtig halten, gezielt vermeiden, um eventuellen Schadensersatzklagen aus dem Weg zu gehen. Dieser Abschreckungseffekt wäre ein weiterer Schritt in Richtung der vollständigen Unterordnung der Demokratie unter die Märkte.

Wir werden als LINKE weiter gegen diese Entmündigung der Bürgerinnen und Bürger kämpfen. Auch hier zeigt sich - besonders angesichts der wankenden SPD: Deutschland hat DIE LINKE nicht nur verdient, sondern dringend nötig!